

- ☐☐ **Hartz IV-Terror - kriminelle Sozialbehörden**

In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass mehrere Jobcenter schwangeren Frauen die Leistungen kürzten. Grund waren Zwangsarbeitsmaßnahmen, sogenannte "Ein-Euro-Jobs", die diese schwangeren Frauen nicht antreten konnten. Eine Frau war darüber hinaus psychisch erkrankt und in klinischer Behandlung. Sie hat aufgrund des Sadismus eines Jobcenter-Bediensteten durch die Sanktionierung ihre Wohnung verloren.

Die Sozialbehörden hatten in allen Fällen die Leistungen komplett gestrichen und zudem den gesetzlich geregelten Mehrbedarf für Schwangere verweigert. Im Fall der psychisch erkrankten Frau waren auch die Krankenkassenbeiträge sowie die Unterkunftskosten nicht mehr gezahlt worden. In Braunschweig wurden einer gesundheitlich angeschlagenen Schwangeren Zuschüsse für wichtige Medikamente und Arztpraxisgebühren mit dem Verweis abgelehnt, dass der Kostenanteil mit in dem Regelsatz enthalten sei, der allerdings völlig gestrichen worden war.

In Passau sollte eine 21jährige schwangere Frau in einer Suppenküche arbeiten. Sie erwartet bereits in sechs Wochen

ihr Kind, ist also hochschwanger. Das Jobcenter missachtet vor lauter "Sanktionswut" sogar die gesetzlichen Bestimmungen der Mutterschutzrichtlinien. So dürfen Schwangere laut den Richtlinien des Universitätsklinikums Heidelberg nicht in Großküchen arbeiten, weil sie einem generellen Beschäftigungsverbot unterliegen.

Ein weiterer Fall ereignete sich im Passauer Land. Eine junge schwangere Frau ließ sich durch ihren Arzt aufgrund der vorliegenden Schwangerschaft durchweg krank schreiben. Nur ein einziges Mal hatte die Frau es vergessen, eine vorhandene Folgekrankmeldung rechtzeitig dem Sachbearbeiter vorzulegen.

Das nutzte die Behörde offenbar gleich aus und strich die Regelleistungen komplett. Das Ausmaß der Sanktionen gegen Schwangere ist also viel größer, als bislang angenommen. Vermutet wird noch eine weitaus höhere Dunkelziffer, da viele Betroffene die Öffentlichkeit scheuen oder die rechtswidrigen Sanktionen unkommentiert annehmen.

Nach Angaben von Sebastian Bertram von der Initiative "gegen-hartz.de" scheint es so, als würden einige Sachbearbeiter in den Sozialbehörden eine "regelrechte Jagd" auf Notleidende unternehmen, um die Gesundheit und die soziale Situation der Betroffenen weiter zu verschärfen. Das Erwerbslosen Forum Deutschland fordert von der Politik eine sofortige Aussetzung der Sanktionspraxis. Sie zeuge keineswegs von Menschenwürde und verstoße auch gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

- **Vorratsdatenspeicherung**

"Mit der geplanten anlasslosen Speicherung, auch wenn sie nur für sieben Tage ist, hat Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger das Prinzip der Vorratsdatenspeicherung akzeptiert. Wie viele Wochen oder Monate die Unionsparteien nun auch draufsatteln werden, die FDP hat ihren Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung faktisch aufgegeben", erklärt Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, zur heute anstehenden Debatte um die Vorratsdatenspeicherung im Koalitionsausschuss. Korte weiter:

"Angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die Art und Weise, wie Unionspolitiker weiter auf eine umfassende Vorratsdatenspeicherung drängen, an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Die Union beweist erneut, wie wenig sie sich der Verfassung verpflichtet fühlt. Das Ziel von Sicherheitsmaßnahmen, nämlich unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft zu schützen, hat sie längst aus den Augen verloren, wenn sie auf der anlasslosen Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger besteht.

Die FDP arbeitet munter weiter daran, sich überflüssig zu machen. Nach

etlichen Punkten, die die FDP in der Koalition glücklicherweise nicht durchbekommen hat, ist die Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung ein Anliegen gewesen, bei dem sogar DIE LINKE ihr ausnahmsweise einmal Erfolg gewünscht hat. Leider vergeblich.”

- **Volksentscheide**

Noch-Ministerpräsident von Baden-Württemberg Mappus galt noch nie als Freund der Bürgerbeteiligung, so die Initiative Mehr Demokratie Baden-Württemberg. "Das ist sein gutes Recht, nur sollte er dabei sachlich bleiben. Seine jüngsten Äußerungen in einem Interview mit der Zeit überschreiten aber deutlich die Grenze zur Propaganda", meint Nico Nissen, Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie Baden-Württemberg.

Mappus hatte in dem Interview Volksentscheide auf Bundesebene mit der Begründung abgelehnt, dass er in Deutschland keine Volksentscheide wie in der Schweiz über den Bau von Minaretten wolle. "Dabei sind Volksentscheide gegen Grundrechte in Deutschland schlicht nicht möglich. Von einem Ministerpräsidenten sollte man erwarten, dass ihm das bekannt ist", erläutert Nissen.

In demselben Interview versprach Mappus jedoch, als Lehre aus den Protesten gegen Stuttgart 21 die Hürden für Volksentscheide auf kommunaler Ebene zu senken. Bei Mehr Demokratie Baden-Württemberg sorgt dieses Versprechen für Verwirrung, fordert der Bürgerrechtsverein doch bereits seit Jahren, bestehende Hürden zu senken und für mehr Rechtssicherheit zu sorgen.

Beispielsweise ist gegen Stuttgart 21 tatsächlich ein Bürgerbegehren zustande gekommen, sodass es eigentlich zu einer Abstimmung hätte kommen müssen. Die Initiatoren scheiterten aber vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart, nicht in einer demokratischen Abstimmung. "Die Chance, eine direktdemokratische Lösung zu finden und somit für Ruhe zu sorgen, war damit vergeben", so Nissen.

- □ **"Alternativlos"**

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 begrüßt die Kürung des Begriffs "alternativlos" zum Unwort des Jahres 2010. Das Wort wurde im Jahr 2010 vielfach benutzt, besonders prominent von Bundeskanzlerin Angela Merkel, um das

Prestigeprojekt Stuttgart 21
gegen den Willen der
Bevölkerung durch zu
drücken.

Im Stuttgarter
Schlichtungsverfahren letzten
Herbst konnte das
Aktionsbündnis überzeugend
darlegen, dass mit dem
Konzept Kopfbahnhof 21 sehr
wohl eine vernünftige

Alternative besteht, die in fast allen Belangen dem Milliardenprojekt überlegen ist und dies sogar noch zum halben Preis.

Gerhard Pfeifer, BUND-Regionalgeschäftsführer weist darauf hin, dass der Begriff "alternativlos" schon seit Stuttgart 21 aus der Taufe gehoben von den

Projektbefürwortern inflationär verwendet wurde. Die Kritik an dem von Anfang an umstrittenen Bahn- und Immobilienprojekt sollte im Keime zu ersticken versucht werden.

Pfeifer: "Seit dem ersten Tag der offiziellen Bekanntgabe von Stuttgart 21 am 18. April 1994 haben Umwelt- und

Verkehrsverbände, wie u.a. der BUND und VCD, in Hunderten Pressemitteilungen, zig Pressekonferenzen und zahllosen Veröffentlichungen dargelegt, dass mit einer Modernisierung des Kopfbahnhofs eine bessere Alternative zu Stuttgart 21 besteht."

Diese Alternative wurden im Laufe der letzten 16 Jahre mehrfach weiterentwickelt und optimiert, jedoch von vielen Politikern, aber auch von etlichen Medien, nicht wahrgenommen und zum Teil bewusst unterdrückt. Für das Aktionsbündnis ist daher der Begriff "alternativlos" nicht nur das Unwort für das Jahr 2010, sondern für die gesamte Periode der letzten 16 Jahre Planung- und

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 22. Januar 2011 um 23:32 Uhr

Genehmigungsphase Stuttgart 21.

- □ □ Erdlöcher an Pipeline-Trasse

An der Trasse der Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns ist das Erdreich in unmittelbarer Nähe der bereits verlegten

Leitungsrohre um 80
Zentimeter eingebrochen.

Spazierg

ä

nger hatten im November
die

Anti-Pipeline-Initiativen

erstmalig dar

ü

ber informiert. Die Einbr

ü

che wurden offenbar an

verschiedenen Stellen auf
Erkrather und Ratinger
Stadtgebiet festgestellt.

Auch dem
Pipeline-Eigentümer
Bayer waren nach
Angaben eines
Unternehmenssprechers
die Erdlöcher bereits

aufgefallen. Während der
Konzern von einem
“normalen Vorgang beim
Pipeline-Bau“ spricht, der
für Statik und Sicherheit
der bereits verlegten
Leitungsrohre
"unbedenklich" sei,
drängen die
Pipeline-Gegner auf eine
genauere Klärung.

"Bei jeder Leitung gibt es vor ihrem Bau eine Baugrund-Erkundung", sagte Dieter Donner, der Koordinator der Pipeline-Gegner im Kreis Mettmann. Dazu gehörten nach Meinung Donners auch Probebohrungen. "Man darf neugierig sein, ob es es solche Bohrungen im porösem

Karstgestein in Erkrath und Ratingen tatsächlich gegeben hat“, ergänzte der Pipeline-Gegner.

Die Bezirksregierung in Düsseldorf prüft den Vorgang derzeit.

“Zusätzlich zu unseren Geologen klärt ein

externes Ingenieurbüro, wie es zu den Erdbeben kommen konnte und welche Konsequenzen zu ziehen sind“, sagte eine Sprecherin. Bayer hingegen schloss einen Zusammenhang zwischen den Erdlöchern und Karstgestein aus. Die Hohlräume sollen nun

rasch beseitigt werden.

- **Kantersieg für Bayern**

Am 19. Spieltag der Männer-Bundesliga ist den Bayern ein 5:1 Heimsieg gegen Kaiserslautern

gelungen.
Spitzenreiter
Dortmund stolperte
zu Hause gegen
Stuttgart. In einer
einseitigen Partie
ließen die Westfalen
beste Chancen aus
und kassierten kurz
vor Spielende nach
einem Stuttgarter

Gegenzug den
überraschenden
Ausgleich. Die
Verfolger aus Hannover
und Mainz verloren
jeweils mit 0:1. Der
Vorsprung des BVB auf
die Konkurrenz beträgt
nun 13 Punkte.

Die Bayern schieben sich vorerst auf den dritten Rang vor. Die "Werder-Krise" geht indes weiter. Am Abend kassierten die Bremer eine deutliche Niederlage beim abstiegsbedrohten 1. FC Köln. Der verlässt vorläufig die

Abstiegszone. Bereits am Freitag fuhr der Hamburger SV den zweiten Sieg in Folge ein. Wie in der Vorwoche gegen Schalke gewannen die Hanseaten mit 1:0 gegen Frankfurt.

Alle Ergebnisse in der Übersicht:

Hamburger SV - Eintracht
1:0 (0:0)

Borussia Dortmund - VfB
1:1 (1:0)

Hannover 96 - Schalke 04
FSV Mainz 05 - VfL Wolfsburg

SC Freiburg (0:0) - 1. FC Nürnberg

Bayern München - 1. FC Köln

5:1 (1:0)

1. FC Köln (2:0) - Werder Bremen

Borussia M'gladbach - Bayern München

(-:-)

1899 Hoffenheim - FC Stuttgart

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 22. Januar 2011 um 23:32 Uhr

{jcomments on}